

# antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –  
VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 76

Juli 2012

## VVN-BdA erstmals auf dem Schleswig-Holstein-Tag In drei Tagen 486 Unterschriften für NPD-Verbot

Alle zwei Jahre richtet der Heimatbund den Schleswig-Holstein-Tag aus, diesmal im Juni auf dem Gelände der ehemaligen Landesgartenschau in Norderstedt. 150 Vereine und Verbände, Kirchen und Parteien erhielten die Gelegenheit, ihre ehrenamtliche Arbeit darzustellen. Erstmals dabei und stark beachtet war die Landesorganisation der VVN-Bund der Antifaschisten, die in einer der Pagoden die Ausstellung über Neofaschismus in der Bundesrepublik zeigte und zugleich Unterschriften für ein NPD-Verbot sammelte.



Fotos: Helga Wolters

Der 24. Schleswig-Holstein-Tag war ein voller Erfolg, stellten die Veranstalter fest. Diese Bewertung unterstrich aus der Sicht seiner Organisation auch Hartmut Büchsel, Landesvorsitzender der VVN-Bund der Antifaschisten, denn fast 500 Besucherinnen und Besucher unterschrieben die Forderung nach einem Verbot der neofaschistischen NPD. Am Sonntag herrschte vor dem Infotisch sogar regelrechter Andrang. „Das war eine interessante und motivierende Erfahrung für alle, die daran teilgenommen haben“, sagte Hartmut Büchsel. Mitglieder aus Norderstedt, Neumünster, Eckernförde, Itzehoe, Elmshorn und Wedel und ein Gast aus Schwerin sorgten an allen drei Tagen gemeinsam dafür, dass der Stand der VVN-BdA immer gut besetzt war.

Manche, die an unseren Infotisch traten, benötigten keine Informationen, andere unterzeichneten nach kürzerer oder längerer Diskussion. Einen Blick in die Ausstellung tat u.a.

der damals noch nicht offiziell ernannte neue Ministerpräsident Torsten Albig (SPD), der im Gespräch mit VVN-Mitgliedern versprach, sich in seinem neuen Amt ebenfalls für ein NPD-Verbot einsetzen zu wollen.

Immer wieder mussten wir uns mit dem Einwand auseinandersetzen, ein NPD-Verbot sei aus taktischen Gründen nicht ratsam, denn eine legale Partei sei besser zu kontrollieren als eine illegale. Letztlich gelang es aber in den meisten Fällen dieses Argument mit dem Hinweis zu entkräften, dass es sich nicht um eine taktische sondern um eine grundsätzliche Frage handelt. Neofaschismus, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemi-

tismus sind nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verboten. Wer diesen Prinzipien zuwider handelt, stellt sich außerhalb der Legalität. Vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen hat die Bundesrepublik Deutschland feierlich versichert, schon den Tendenzen eines Neofaschismus entgegen zu wirken. Dass dieses Versprechen nicht eingehalten wurde, hat zu den schlimmen Ereignissen geführt, die aktuell in Untersuchungsausschüssen zu den NSU-Morden erörtert werden. „Sie haben mich überzeugt“, meinte zum Beispiel ein Kommunalpolitiker aus dem Kreis Segeberg nach eingehender Diskussion.



Beifall für die Aktion der VVN-BdA gab es u.a. von Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde und vom Verein deutscher Sinti und Roma. Einer der ersten Unterzeichner für ein NPD-Verbot war Landesrabbiner Walter Rothschild, der sich zuvor lobend über die Neofa-Ausstellung geäußert hatte. *Wi.*

## Kommentar

Es kann offenbar kommen und enthüllt werden, was will. Bundesinnenminister Friedrich (CSU) hält trotzdem am Verfassungsschutzamt fest. Nur seinen bisherigen Präsidenten Fromm (SPD) schickt er in die Wüste. Immerhin darf dieser noch den Verfassungsschutzschutzbericht für das Jahr 2011 vorstellen, dem wohl kein ernst zu nehmender Mensch in der Bundesrepublik Deutschland mehr Glauben schenken wird. Wären die Journalisten auf der Bundespressekonferenz nicht so diszipliniert, sie würden laut „Aufhören“ skandiert haben. Nach all den Lügen und Vertuschungen vor den Parlamentarischen Untersuchungskommissionen des Bundes und der Länder Thüringen und Sachsen zu den Morden des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ dem Schreddern von Akten, die zur Aufklärung der Morde an türkischen und griechischen Mitbürgern dienen könnten und der direkten Verstrickungen von V-Leuten in die Mordserie hätte es nur eine Konsequenz geben dürfen: Weg mit diesem unseligen Inlandsgeheimdienst, der in der Vergangenheit keine Mühe gescheut hat, Rechtsextremismus und Neofaschismus zu verharmlosen und durch Beteiligung von V-Leuten an Straftaten das Bundesverfassungsgericht behindert hat, das NPD-Verbotsverfahren weiter zu verfolgen.

Dass ein „Weiter so“ ausgeschlossen ist, meinen auch Politiker der Regierungskoalition. Justizministerin

Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) trat deshalb für eine Verkleinerung des Verfassungsschutzapparates und eine Zusammenlegung von Landesämtern ein.

Unheimlich wurde es offenbar auch der thüringischen Ministerpräsidentin Lieberknecht (CDU), die für eine bessere parlamentarische Kontrolle des „Dienstes“ eintrat, wohl wissend, dass diese Kontrolle zu keinem Zeitpunkt wirklich stattgefunden hat, wie sich spätestens bei der Behandlung des NSU-Skandals gezeigt hat. Der Verfassungsschutz selbst entschied, was die zur Verschwiegenheit verpflichteten Bundestagsabgeordneten sehen durften und was nicht. Und wenn zu intensiv nachgeforscht wurde, dann verschwanden Dokumente aus den Akten oder ganze Akten wurden geschreddert und die daran Beteiligten haben unerklärliche „Gedächtnislücken“

Die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (LINKE) hat ohne Zweifel recht, wenn sie sagt, nicht der Verfassungsschutz habe Probleme, er sei selbst das Problem.

Den Bundesinnenminister ficht die Diskussion nicht an. Die „Süddeutsche Zeitung“ kritisierte, dass der inzwischen entlassene Verfassungsschutzpräsident Fromm in seinem letzten VS-Bericht kein Wort der Entschuldigung für die Opfer der NSU-Morde zu Papier gebracht hat.

Bundesinnenminister Friedrich aber sah den Bericht als eine Bestätigung nicht nur für die Beibehaltung sondern auch für eine Stärkung des Geheimdienstes an. Die Herausforde-

rungen an den Verfassungsschutz seien gestiegen. Dabei verwies Friedrich wie schon seine Vorgänger darauf, dass nicht nur der Rechtsextremismus stärker geworden sei, sondern vor allem der Linksextremismus. Selbst in Thüringen sei die Zahl der Personen, die dem Rechtsextremismus zugeordnet wird, um 130 Personen gesunken, was sich der thüringische Innenminister damit erklärt, dass die NPD einen Mitgliederschwund zu verzeichnen habe.

Merke: auch ohne NPD-Verbot ist der Rechtsextremismus rückläufig.

Innenminister Friedrich scheint nach der Devise zu handeln: Augen zu und durch. Wenn man ihn und seinen Anhang lässt, dann dürfen sich die Neofaschisten freuen, weil ihr politischer Gegner, die politische Linke, geschwächt und behindert wird.

Das hat ja in diesem Lande Tradition. Der 1971 von der Bundesregierung unter Willy Brandt verkündete „Radikalenerlass“ traf zum weitaus überwiegenden Teil die Linken. Gegen sie wurde ein gigantischer Apparat von Spitzeln, Schnüfflern und Provokateuren in Gang gesetzt. „Wer schützt uns vor dem Verfassungsschutz?“, fragte damals die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Diese Frage stellt sich auch heute. Da können noch so viele Figuren aus dem Spiel genommen werden. Solange nicht offen gelegt wird, wer in welchem Interesse die Verbrechen begangen hat, darf nicht zur Tagesordnung übergegangen werden.

*Günther Wilke*

## Deutsche Waffen in Krisengebiete – jetzt völlig legal?

**Die Bundesrepublik Deutschland hat ein Waffenkontrollgesetz. Allerdings wurde dieses Gesetz bereits mehrfach verletzt. Jetzt soll es offenbar total ausgehebelt werden.**

Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ berichtet Folgendes:

Da die Bundeswehr vom Schützenpanzer statt 410 nur noch 350 Exemplare anschaffen will und auch andere europäische Länder ihre Militärausgaben verringern, „lassen sich neue Deals überwiegend in weniger stabilen Erdregionen einfädeln. Deshalb nehmen die deutschen Rüstungsexporte in Krisengebiete zu“. Und wie sieht das konkret aus?

Der Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann will einen Riesen-Waffendeal mit Saudi-Arabien abschließen. Es geht um 270 neue Leopard-Panzer, die sich „besonders effektiv“ gegen Menschen einsetzen lassen. Er ist speziell für den Straßenkampf entwickelt worden: er verfügt über ein „Räumschild“, um Menschen einfach beiseite zu schaufeln, eine ferngesteuerte Waffenstation, ein verkürztes Kanonenrohr und ist, um es mit den

Worten des Herstellers auszudrücken „so wendig und schnell wie eine Wildkatze“ – ideal also, um Einzelpersonen oder Menschengruppen in der Stadt aufzuspüren und zu töten.

Was gestern galt, soll heute nicht mehr gelten.

Die Rüstungskonzerne wissen, dass sie sich auf die Merkel-Regierung verlassen können. Sie werden es ihr danken.

*M.W.*

## Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ in Norderstedt!

Vom 29. Mai bis zum 14. Juni 2012 war unsere Neofaschismus-Ausstellung im Norderstedter Rathaus zu Gast. Veranstalter war das „Soziale Zentrum Norderstedt“, ein seit 1995 bestehendes selbstverwaltetes und – finanziertes Veranstaltungs- und Kommunikationszentrum für linke Politik und Kultur in Norderstedt. Mit der Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ wollte das Soziale Zentrum auch zum Widerstand gegen die Neonazis und den Nazi-Aufmarsch am 2. Juni in Hamburg aufrufen.

Am Dienstag, den 29. Mai um 18 Uhr war es dann soweit: Die Ausstellung wurde offiziell eröffnet. Etwa 40 interessierte Bürgerinnen und Bürger hatten sich auf den Weg ins Rathaus gemacht, darunter Vertreter/innen und Stadträte aller im Rat vertretenen Parteien, mit Ausnahme der CDU.

Für das Soziale Zentrum begrüßte Tobias Ramert die anwesenden Gäste. Er verwies auf die neofaschistische Gefahr auch in Norderstedt und Umgebung und rief zur Solidarität mit den Hamburger Antifaschisten auf.

Der Norderstedter Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote (CDU)

befürwortete in seinem engagierten Redebeitrag unsere Neofaschismus-Ausstellung. Er hob die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus hervor und fügte hinzu: „Das rechtsradikale Gedankengut nimmt zu, und es macht mich betroffen, dass bei der Landtagswahl 221 Norderstedter die NPD gewählt haben, das sind 221 zu viel.“ Grote verwies auch auf die Kritik, die unsere Neofaschismus-Ausstellung u.a. bei einigen Politikern in Schwerin und Suhl hervorgerufen hatte, ergänzte aber ausdrücklich, dass man in einer Demokratie solche Kritik auch aushalten können müsse.

Anschließend stellte der Landesvorsitzende der VVN-BdA Schleswig-Holstein, Hartmut Büchsel, den Anwesenden die Ausstellung vor und erläuterte exemplarisch einzelne Tafeln.

Nach dem offiziellen Teil der Eröffnung nutzten viele Gäste die Gelegenheit, sich die Ausstellung noch einmal genauer anzusehen. Dabei kam es zu vielen angeregten und interessanten Gesprächen.

Nicht weniger interessant war das Presseecho, welches die Ausstellungs-

eröffnung hervorrief. Das „Hamburger Abendblatt“ hob in seinem Norderstedter Regionalteil noch einmal die Wichtigkeit der Ausstellung hervor, kritisierte aber zugleich die schlechte Platzierung der Ausstellung, die im Norderstedter Rathaus praktisch „unter Ausschluss der Öffentlichkeit“ gezeigt würde.

In einem meinungsstarken Kommentar bekam auch die Norderstedter CDU ihr Fett weg, deren Ratsfraktion zeitgleich in einem Raum neben der Ausstellung tagte. „Damit tat die CDU genau das, was Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote, ebenfalls CDU, anprangerte: Wegschauen ist die schlechteste aller Lösungen“, so das „Abendblatt“.

Die Kritik, die Ausstellung fände „unter Ausschluss der Öffentlichkeit“ statt, wurde während des Schleswig-Holstein-Tages dann doch etwas relativiert. Viele Norderstedter Bürger, die uns in unserem VVN-BdA-Zelt auf dem Festgelände des neuen Stadtparks besuchten, sprachen uns auf die Ausstellung an, hoben deren Bedeutung hervor und leisteten ihre Unterschrift unter unsere NPD-Verbotsforderung.

*Hartmut Büchsel*

## Aufruf zur Solidarität

### An alle Mitglieder und Freunde der VVN-BdA

Vor 20 Jahren flackerten Bilder aus Deutschland um die Welt, die man für Vergangenheit hielt: Brennende Häuser, fliehende Menschen, ein gewalttätiger Mob, angeleitet von neofaschistischen Strippenziehern, Beifall klatschendes Publikum, verantwortungslose Verantwortliche. Eine Allianz aus staatlicher Ausländerfeindlichkeit, Medienhetze und Alltagsrassismus ließ zu, dass vietnamesische Vertragsarbeiter und Flüchtlinge, unter ihnen viele Roma, um ihr Leben fürchten mussten. Das brennende Sonnenblumenhaus wurde zu einem erschreckenden Symbol des wiedervereinigten Deutschland.

Nur Wochen nach dem Pogrom wurde in einem breiten Konsens im Bundestag das Grundrecht auf Asyl abgeschafft. Weder die NPD noch ihr Ableger „Hamburger Liste Ausländerstopp“ wurden verboten, obwohl sie

unmittelbar vor Beginn der Pogrome ihre Hetze nach Rostock getragen hatten. Neofaschistische Organisationen und Gruppen werden bis heute nicht entschieden bekämpft. Gleichzeitig werden antifaschistische Initiativen behindert und als „extremistisch“ diffamiert.

Heute hat das auf Menschen angewendete Nützlichkeitsdenken den politischen Diskurs weiter vergiftet. Ausgrenzung und Stigmatisierung von Migranten und Flüchtlingen sind weiterhin tief in der Mitte der Gesellschaft verankert. Die „Festung Europa“ und das Abschiebelager Horst in Mecklenburg-Vorpommern stehen dafür.

Dagegen setzen wir damals wie heute Solidarität mit den Opfern institutionellen und alltäglichen Rassismus. Wir demonstrieren für das Menschenrecht auf Asyl, für Teilhabe aller

**25. August: Demo und Konzert, 14 Uhr S-Bahnhof, Rostock-Lütten Klein**

**26. August: Antirassistisches World-Cafe „Lichtenhagen, NSU und alle schauen zu.“ Meet & Greet, Info-Stände, Ausstellungen**

**25./26. August 2012, Rostock, Peter-Weiss-Haus**

Menschen am Wohlstand, für die sozialen und demokratischen Rechte Aller hier und überall.

Wir fordern: Schluss mit Abschiebungen, Residenzpflicht und Arbeitsverbot! Stoppt die Verfolgung von Roma in Osteuropa und überall! Keine Toleranz für faschistische Ideologie und Gewalt! Dresden, Rostock, Dortmund, alle Städte nazifrei! Schluss mit der Kriminalisierung von Antifaschisten! Gegen Rassismus – für grenzenlose Solidarität!

Mit einer Demonstration wollen wir an die damaligen Ereignisse erinnern. Auf einem antirassistischen World-Cafe wollen wir zusammen diskutieren und uns besser vernetzen.

*Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)*

## Gastbeitrag

# Hamburger Verhältnisse und Lehren daraus

## No Paseran – Nazidurchmarsch in Hamburg-Wandsbek scheitert am konsequenten Widerstand der Antifaschisten – trotz massiver und teils brutaler Polizeunterstützung

Die Weichen waren gestellt. Den Faschisten sollte der Weg freigeräumt und im Zweifel eben auch freigeschlagen werden. „Freie Bahn den Nazis“ – so planten es die Richter des Verwaltungsgerichts, nickten ab die politisch Verantwortlichen, war gerufen und zur Umsetzung bereit das Polizeiheer. Bewaffnet mit Wasserwerfern, Schlagstöcken, Reizgas und berittener Einsatzstaffel. Es war präzise geplant, gut und erstaunlich freigiebig mit unseren Steuergeldern vorbereitet. Und dennoch, der Wunsch der Nazis ging trotz dieser staatlichen Generosität mal wieder nicht auf. Noch besser. Es ist erfreulich zu verzeichnen, dass sich der Widerstand gegen faschistische Umtriebe trotz Repressionen und brutaler Räumungsversuche nicht niederringen lässt. Die Hamburger Proteste gegen Nazis setzten klare und ermutigende Zeichen für die Zukunft.

Demokraten, Rassismusgegner und Antifaschisten aus vielfältigen gesellschaftlichen Gruppierungen durchkreuzten an unterschiedlichen Orten den Nazis und ihren „Schutzbefohlenen“ die Rechnung. Über 10000 „bunt statt braun,“ bekennende Menschen auf dem Rathausplatz, fast 7000 marschierende Mahner auf der morgendlichen Auftaktdemo des „Hamburger Bündnisses gegen Rechts“ und mehr als 6000 antifaschistische Aktivistinnen an den Brennpunkten der Nazi-provokation im Hamburger Stadtteil Wandsbek. Letztere bildeten bis in den Abend den Schwerpunkt des Widerstandes vor Ort. Setzten damit das entscheidende Signal: „No paseran – sie kommen nicht durch!“

### *Ja sie dachten sich das schön ...*

Schon den Aufmarsch hatten die Nazis tüchtig. Von den angekündigten 1000 Rechten konnten gerade mal die Hälfte bundesweit zusammengekartt werden. Es war wohl nicht nur dieser Frust über die eigene Selbstüberschät-

zung, der die Aggressivität der Nazis noch steigerte. Es waren die auffallend vielen aggressiv-militanten Mitglieder der „Freien Kameradschaften“, der sonstigen militanten Rechtsableger, Holocaustleugner, Volksverhetzer und Ausländerfeinde. Dauer-



gäste wie Worch u.a. die hier gemeinsam mit Wulff und anderen NPDlern unheilvoll aufwarteten. Hass und Aggressivität dieser Gruppe lagen bedrohlich über dieser Ansammlung. Für jeden Beobachter – auch für die Polizeiführung! – unschwer erkennbar. Wurde jedoch ignoriert. Nicht jedoch von den Gegendemonstranten. Diese sammelten sich in den Haupt- und Nebenstraßen sowie auf wichtigen Kreuzungen. Über sechstausend beherzte Nazigegner, ausgestattet nur mit dem festen Willen den Nazis entschlossen Paroli zu bieten. Dem aufrechten demokratischen Gedankengut verbunden und wissend, dass mutiges Handeln besser als schöne Worte die Nazis in die Schranken weisen wird, machten sie den geplanten Deutschland-Aufmarsch zügig zur Farce.

### *Keine Toleranz für die Hassprediger*

Alle wichtigen Marschpunkte waren von friedlichen Nazigegnern besetzt. Die Ansage klar und unmissverständlich: „Haut ab“, Nazis raus“ „Kein Fußbreit den Faschisten“. Vielfältige Aktionen und Informationsaktivitäten führten schließlich dazu, dass der braune Spuk zunächst über Stunden „auf der Stelle treten“ musste. Die

vorgesehene Marschroute für die Nazis war trotz des massiven Einsatzes von Polizeigewalt nicht realisierbar. Erschreckend dann für den demokratisch gesinnten Bürger, wie in diesem Staat mit dem Demonstrationsrecht und der inhaltlichen Ausrichtung des Protestes umgegangen wird. Es sind die zwei Seiten einer Medaille.

### *Den Neonazis wird der Weg freigeknüppelt*

Was dann passierte, war kein Versehen, kein bedauerlicher Ausrutscher der Staatsgewalt, keine brutale Entgleisung einzelner wildgewordener Polizisten. Es ist systemisch. Und deshalb darf das Geschehen nicht

so schnell vergessen, nicht zu den Akten gelegt werden. Fassen wir die wichtigsten Eindrücke kurz zusammen:

Erkennend, dass trotz massiven Einsatzes von Wasserwerfern, Schlagstöcken und Tränengas und trotz drohend aufgefahrener Panzerfahrzeugen sowie rücksichtslos in die Menschenmenge hineinreitender Polizisten die Straße nicht freigeschlagen werden konnte, wollte die politisch/polizeiliche Führung keinen vernünftigen Schlussstrich ziehen und in konsequenter Anerkennung der Realität die Nazis nach Hause schicken, wie es ohne Weiteres möglich gewesen wäre. Es sollte offensichtlich nach dem bundesweiten Erstarken der antifaschistischen Demokraten ein Exempel statuiert werden. In einem letzten irrwitzigen Versuch sollten die Faschisten nun in ruhigen Nebenstraßen demonstrieren und ihre menschenverachtenden Parolen in die Wohnstuben hinein grölen. Es steht außer Frage, dass die für dieses Vorgehen Verantwortlichen – schließlich war diese Entscheidung für den weiteren Verlauf eskalierend – zur Verantwortung gezogen werden müssen. Erste Schritte dazu sind getan, derzeit ist der Ausgang allerdings vorhersehbar.

Fassungslos kommentierte ein Anwohner diesen gruseligen Auf-

marsch durchs ansonsten eher verschlafene Wohngebiet: „Un glaublich. Zehn Polizisten schützen jeweils einen Faschisten. Und wir Steuerzahler müssen es bezahlen“. Ja, mit den für diesen massiven staatlichen Einsatz verpulverten Geldern könnten, um bei den aktuellen „Hamburger Verhältnissen“ zu bleiben, viele soziale Projekte abgesichert und entwickelt werden. Auch für kulturelle Vielfalt und gegen rechtes Gedankengift.

Obwohl keine neue Erkenntnis sollte trotzdem nachgezeichnet werden, mit welcher präzisen Planung und



Fotos: Thilo Gehrke

martialischem Aufgebot die Straße für die Nazis freigeräumt werden sollte. Die rabiaten und teils gewalttätigen Polizeieinsätze sind auch im WEB gut und hinreichend dokumentiert.

### *Geschehnisse und offene Fragen.*

4500 Polizisten aus vielen Bundesländern, deren Einheiten sie aufs Modernste ausgerüstet hatten, wurden bereits frühmorgens in Stellung gebracht. Warum dieser überdimensionierte und brachiale Einsatz? Nur um den Nazis eine Schneise durch die widerständige Bevölkerung freizuschlagen? Gewiss ist dies ein Grund. Es drängt sich aber auch der Verdacht auf, es gehe interessierten Kreisen um mehr. Sollte dieser Einsatz auch dazu dienen, Erkenntnisse zu sammeln und zu verdichten, wie man notfalls zukünftig mit Massenprotesten (krisengebeutelte Staaten lassen grüßen) fertig wird? Ein Manöver, eine Blaupause für den eventuellen Ernstfall? Falls es Kräfte gibt, die daran ein Interesse haben, werden sie's uns nicht verraten. Wachsam sind wir eh, aber wir müssen ihre Absichten – ihre

heimliche Dramaturgie – auch deutlich benennen und unsere demokratischen Rechte verteidigen.

Es passt in die Strategie, wenn schon unmittelbar nach der Demo die übliche dreiste Ablenkungs- und Verleumdungskampagne medial in die Köpfe gehämmert wurden. Initiiert von der willfährigen BLÖD- und Sensationspresse. „Chaos in Hamburg“ titelte der schleswig-holsteinische Zeitungsverlag seine Sonntagsausgabe. Die Journaille hatte was sie suchte. Da reichen Randerscheinungen, ein paar abgebrannte Mülltonnen, um die „fotogene“ Story genüsslich inhaltsleer aufzubauen und von den eigentlichen Gefahren abzulenken. Die Schlagzeile des Tages müsste doch lauten: „Tausende Demonstranten verhindern trotz massiver Polizeigewalt Naziprovokation“. Ich

möchte dazu einige Abläufe anführen, die ich in Wandsbek erlebt habe und die eine Eskalation herbeigeführt haben:

Bereits vor Demonstrationsbeginn wurden schweren Polizeifahrzeuge und Wasserwerfer in drohend provozierender Nahdistanz und gut sichtbar gegen die friedlichen Demonstranten in Stellung gebracht.

In Zweierreihen wurden die Einsatzkräfte frontal gegen die Antifaschisten zum Einsatz gebracht. Den aggressiven und provozierend johlenden Nazis wurde dagegen meistens der Rücken zugewandt. Wollte man nicht sehen, wie aus den Reihen der Nazis mit Gegenständen auf die Demonstranten geworfen wurde? Man wagt es nicht zu glauben.

Während die Nazis „Nieder mit der roten Pest“ skandierten, fanden im Umfeld Provokationen von Polizisten und Polizeistaffeln gegen Demonstranten statt. Dazu gehörten pausenlos penetrantes Abdrängen, Wegschubsen, exzessive Straßensperrungen und exzessive und fortlaufende sowohl großräumige als auch kleinflächige Einkesselungen der am Straßenrand befindlichen Bürger. Für diese beson-

dere Form der grundgesetzlich verbrieften Freiheiten ist die Polizei bekanntlich seit Mitte der 80er Jahre („Hamburger Kessel“ – rechtswidriger Polizeieinsatz vom 8. Juni 1986) berüchtigt.

Demonstranten wurden sogar dann noch abdrängt und weggejagt, wenn sie in einer sehr entfernten Distanz zu den Nazis mit Sprechchören ihre Meinung kundtaten.

Als besonders übles Verhalten muss auch das Hineinreiten der Pferdestaffel in friedlich sitzende Menschengruppen gebrandmarkt werden.

Die Aufzählung könnte lange fortgesetzt werden.

Es stellen sich damit einige Fragen.

Warum diese Eskalation? Wer ist dafür verantwortlich? Und, wer wird zur Verantwortung gezogen? Die Täter oder wieder einmal mehr Opfer?

Unbequeme Wahrheiten zu publizieren und entlarvende Fragen zu stellen, – dafür steht die Mainstream-Presse nicht im Sold. Stattdessen werden Scharfmacher zitiert, die Ursache und Wirkung verdrehen und immer gerne noch eins drauf setzen.

Der Vorsitzende der abseits des DGBs stehenden deutschen Polizeigewerkschaft fordert schon kurz nach der erfolgreichen friedfertigen Blockade gegen Nazi-Provokateure ostentativ ein schärferes Vorgehen und die waffentechnische Aufrüstung der Polizei. Wissend, dass mit den eingeforderten Geschosswaffen die Gefahr besteht, dass friedliche Demonstranten nicht nur schwer verletzt, sondern sogar getötet werden können. Allein in Nordirland wurden bisher mindestens 17 Zivilisten durch diese Distanzwaffen getötet. Dies wird also billigend in Kauf genommen? Damit beispielsweise Faschisten unbehelligt marschieren dürfen? In was für einem Staat leben wir nur? In eben diesem!

Sich den Nazis entgegenzustellen, sie zu behindern, ihre Aufmärsche zu blockieren und sich mutig ihnen entgegenzustellen, ist nicht nur unser unabdingbares Recht. Es ist eine gebotene Pflicht für jeden aufrichtigen Demokraten. Erfreulich, dass nach dem Erfolg am 1. Mai in Neumünster – allen beschriebenen Widrigkeiten zum Trotz – nun ein weiterer Etappensieg der antifaschistischen Kräfte zu verzeichnen ist.

Niki

# 1. und 5. Mai in Neumünster – Bunt statt Braun – Ein voller Erfolg!

Den 1. Mai in Neumünster kann man nur als einen rundum gelungenen Tag bezeichnen. Ein sehr breites Bündnis aus Gewerkschaften, Stadtverwaltung, Parteien und Verbänden, Sportvereinen, Kirchen und der türkischen Gemeinde hat mit vielfältigen Aktionen gemeinsam die Plätze Neumünsters besetzt und der NPD gezeigt, dass sie hier unerwünscht ist. Die Abschlusskundgebung und das Konzert auf dem Großflecken waren hervorragend. Hier hat sich zum ersten Mal in Neumünster ein politisches Spektrum von Autonomen Antifas bis zur CDU gegen die Nazis zusammengefunden. So sollte es auch überall sein. Es beteiligten sich etliche tausend Menschen an den vielfältigen Aktionen.

## *Die Vorgeschichte:*

Anlässlich der bekannt gewordenen Mordserie der NSU verteilte das Bündnis gegen Rechts an jeden Abgeordneten der Ratsversammlung ein Exemplar der Jüdischen Allgemeinen. Diese Ausgabe enthielt einen Artikel des Journalisten Tennenbohm, der sich in den „Club 88“ eingeschlichen hatte und über die kruden Ansichten in der Naziszene berichtete. Anscheinend hat dies viele Menschen aus Stadtrat und Stadtverwaltung sensibilisiert.

Als bekannt wurde, dass die NPD am 1. Mai in Neumünster ihre zentrale Wahlkampfkundgebung abhalten wollte, traten wir vom Bündnis gegen Rechts an den „Runden Tisch für Toleranz und Demokratie“ der Stadt heran. Es entwickelte sich eine hervorragende Zusammenarbeit. Die Stadt organisierte die Abschlusskundgebung und das Konzert auf dem Großflecken und wandte sich mit der Bitte an die Bürgerinnen und Bürger:

„Besetzt gemeinsam mit uns die Plätze dieser Stadt! Zeigt, was diese Stadt ausmacht und wem sie gehört!“ Und so geschah es auch.

Das von der VVN-BdA mit Unterstützung vom autonomen Frauenhaus und Runder Tisch Kiel organisierte Konzert „Laut gegen Rechts“ hatte deutlich mehr Besucher als erwartet.

Anscheinend ist die oben erwähnte Sensibilisierung aber nicht bei allen angekommen. Auf Betreiben der Polizei wurde die VVN-BdA angewiesen, ihr Konzert in der Friedrichstraße statt auf dem Postparkplatz abzuhalten.

Es ist ein Skandal, dass die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschist-innen (VVN-BdA), die eine Kundgebung und Konzert auf dem Postparkplatz angemeldet hat, ausgerechnet für Nazis weichen muss.

Man fragt sich, ob den Verantwortlichen klar ist, was für ein politisches Signal sie damit senden. Des Weiteren ist es unerträglich, dass die Faschisten am Eduard-Müller-Gemeindehaus der katholischen Kirche vorbeiziehen sollen. Eduard Müller war ein Kaplan, der von den Nazis ermordet wurde und inzwischen selig gesprochen wurde.

## *Der Auftritt der NPD:*

Nur etwa 20 Nazis erschienen am Postparkplatz, wo die Aktionen starten sollten. Der größte Teil, etwa 100 Gestalten, verwechselte anscheinend den Bahnhof und stieg bereits am Südbahnhof aus. Diese illegale Demonstration wurde zunächst von Antifas gestoppt. Nachdem die Polizei erschien, leisteten die Nazis sich noch einige Rechtsverstöße und wurden schließlich von der Polizei in Gewahrsam genommen und die Personalien festgestellt.

Es wunderte schon, dass nach dem peinlichen Auftritt der NPD am 1. Mai sie am 5. Mai schon wieder versuchte, in Neumünster eine Kundgebung und Demonstration (auf der damals genehmigten Route) durchzuführen.

## *Aktionen gegen die erneute Provokation der NPD am 5. Mai:*

Die Gewerkschaft ver.di, die SPD, das Bündnis gegen Rechts (BgR), der Runde Tisch für Toleranz und Demokratie der Stadt Neumünster, die Parteien, evangelische Kirche, Verbände und Organisationen bereiteten für

Samstag, den 5. Mai eine Kundgebung und eine Demonstration gegen die erneute Provokation der NPD unter dem Motto „Laut gegen Nazis – NPD, kehrt marsch!“ vor. Damit hat sich der gleiche Unterstützerkreis zusammengefunden wie am 1. Mai. Da eine weitere Provokation der Nazis nicht ausgeschlossen war, haben noch einige andere Organisationen vorsorglich Aktionen angemeldet. Da auch diesmal die Plätze Neumünsters besetzt sind und die meisten Anmeldungen vor denen der Nazis erfolgten, hat die Stadtverwaltung gerichtsfeste Gründe die Provokation der Nazis zu verbieten.

Angesichts der massiven Gegenwehr der Demokraten kniff die NPD und verzichtete auf ihre Kundgebung.

Zur Gegendemo steht auf der Internetseite der Stadt: „Bis zuletzt war man im Bündnis gegen Rechts auf eine Kundgebung der NPD eingestellt gewesen und entsprechend wurden sehr viele Menschen mobilisiert, die ver.di / SPD / Bündnis gegen Rechts Veranstaltung am DGB-Haus an der Carlstraße zu besuchen.“

Etwas 500 Menschen wurden nach dem Beginn der Veranstaltung zunächst vom Versammlungsleiter Dr. Christof Ostheimer (ver.di) herzlich begrüßt, woraufhin Hartmut Büchsel als Landesvorsitzender der VVN-BdA Schleswig-Holstein eindringlich über verschiedene NPD-Straftäter aufklärte und auf die Gefahren dieser Partei hinwies.

Es ging mit einer kurzen Ansprache unseres Oberbürgermeisters Dr. Olaf Taurus weiter.

Nachdem ca. 70 weitere AntifaschistInnen zur Demo gestoßen waren, rief die Aktionsleiterin Jeanine Weigel von der DGB-Jugend Kiel zum Aufbruch.“

Nach ca. 50 Metern kam der Aufzug zum Stehen, weil in der Bahnhofunterführung weitere Demonstranten aus anderen Städten standen und zur angemeldeten Demo stoßen wollten. Erst nach zähen Verhandlungen und einer halben Stunde ließ die Polizei die Demonstranten zum Zug stoßen. Die Polizei begleitete unsere Demo teilweise in einem martialischem Auf-

zug (Helm, Körperpanzerung) so dass man sich eingekesselt und diskriminiert vorkam.

Bis zur eindrucksvollen Abschlusskundgebung auf dem Großflecken wuchs der Demozug auf ca 800 Teil-

nehmer aus allen Altersstufen und aus allen gesellschaftlichen und politischen Lagern.

Die Organisationen des Bündnisses haben sich den Nazis friedlich und entschlossen in den Weg gestellt.

Es ist ein Sieg für die Demokratie, dass die menschenfeindliche und verfassungsfeindliche NPD keine zentrale Wahlkampfveranstaltung durchführen konnte.

*Heiner*

## Kein Krieg im Nahen Osten!

*Die VVN-BdA Lübeck-Lauenburg hat am 14. Juni mit Amnesty international, attac und terre des homes eine Veranstaltung zu den Konflikten im Nahen Osten mit Dr. Peter Strutynski, Sprecher Friedensratschlag Kassel gemacht und auch an dem kleinen Friedensratschlag am 8. Juli in Kassel teilgenommen. 52 BesucherInnen erlebten einen lebhaften Abend.*

Mit der „Erledigung“ des Irak und Libyens sind jetzt die restlichen zwei „Schurkenstaaten“ Syrien und der Iran an der Reihe, um den imperialen Machtanspruch der USA und der westlichen Verbündeten vom Mittelmeer bis Afghanistan zu etablieren.

Es geht wieder einmal nicht um Menschenrechte, Demokratie oder ein iranisches Atomprogramm sondern um die Kontrolle einer Region mit den größten Erdöl- und Gasvorkommen der Welt. Den USA geht es dabei auch darum, die Abrechnung des Erdöls auf Dollarbasis, d.h. ihre „Dollarhegemonie“, aufrecht zu erhalten. Die zahlreichen US-Militärbasen in den Förderländern unterstreichen diesen Anspruch.

Hier stoßen die Interessen weiterer Mächte aufeinander, wie der Türkei und Saudi-Arabiens, mit eigenen Absichten, die nicht deckungsgleich mit denen der USA sind z. B. der seit Jahrzehnten zunehmende Konflikt zwischen dem arabischen Nationalismus und dem politischen Islam oder das Streben der Türkei nach mehr Einfluss in der arabischen Welt.

Mit Russland, das seinen einzigen Militärstützpunkt an der syrischen Mittelmeerküste unterhält, beteiligt sich eine überregionale Macht mit Weltmachtambitionen an diesem Machtpoker. China, eine aufstrebende global agierende Großmacht, hat Interesse an einem reibungslosen Ölfluss ohne eine regionale Hegemonie der USA. Mit dieser Konfliktsituation hängt die Gefahr der Aus-

weitung eines möglichen Krieges zusammen, der die ganze Region betreffen würde.

Der militärische Aufmarsch der USA im persischen Golf und die Kriegsandrohung Israels an den Iran sind zusätzliche Gefahrenherde für einen Flächenbrand in Nah Ost.

Rußland und China versuchen in der Syrienfrage eine diplomatische friedliche Lösung auf der Grundlage des Friedens-Plans des UN-Sondergesandten Kofi Annan und der UN-Charta zu erreichen. Sie sind die Ein-

öffentlich rechtliche Fernsehen, die Bevölkerung durch einseitige Berichterstattung gegen Syrien aufzubringen. Verschwiegen oder heruntergespielt werden die Waffen- und Geldlieferungen z.B. aus Saudi Arabien, Katar und den USA, das Operieren der sog. Freien Syrischen Armee von der Türkei aus, das Infiltrieren von sog. Kämpfern aus Libyen, dem Libanon und anderen Staaten und die Beschreibung der religiösen Ziele der einzelnen Gruppen, die gegen das Regime in Syrien kämpfen.



*Peter Strutynski und Bernd Meimberg*

zigen, die so handeln, wie man es von einer Vetomacht im UN Sicherheitsrat erwarten kann. Der Krieg gegen Libyen, Afghanistan und Irak hat gezeigt, welche verheerende Wirkung militärische Einmischung gebracht hat.

Die deutsche Politik betont zwar immer wieder, dass man sich an einem militärischen Vorgehen nicht beteiligen würde, unternimmt aber scheinbar nichts um diese zu verhindern. Eine deutsche Friedenspolitik ist nicht zu erkennen. Die Bevölkerung lehnt mit übergroßer Mehrheit eine Beteiligung Deutschlands an einer Militärintervention gegen Syrien genauso ab, wie seinerzeit gegen Libyen. Trotzdem versuchen hauptsächlich die Massenmedien, Vorreiter das

Die zivile politische Opposition, die tatsächlich fortschrittliche Ziele verfolgt, wird kaum erwähnt, sondern im Wesentlichen im Ausland agierende selbsternannte Oppositionsführer, die für eine militärische Intervention werben.

Die Menschen in Syrien brauchen unsere Solidarität.

Das heißt, dass man sich gegen jegliche Intervention von außen wendet, humanitäre Hilfe leistet, für den Verbleib von syrischen Flüchtlingen bei uns eintritt, gegen jegliche Waffenlieferungen und gegen die ruinösen Sanktionen gegen Syrien (und dem Iran) eintritt, weil im Sanktionsmechanismus immer auch eine Eskalationsschraube angelegt ist.

*Bernd Meimberg*

## Termine

### 21.7. - 3.9.2012 Friedrichstadt

Gedenkstätte Ehemalige Synagoge  
„Juden in Deutschland heute“  
Photographien von Edward Serotta  
Eintritt frei

### 4.8. Wedel, Mühlenteich, 20 Uhr

Hiroshima-Gedenkveranstaltung  
Kerzen auf Lotosblüten aufs Wasser  
setzen,  
Reden, Gedichte, Musik

### 30.8. 19 Uhr VVN-BdA Lübeck-Lauenburg

„Responsibility to Protect (Schutzverantwortung) und die Konflikte im Nahen Osten“  
mit Prof. Norman Paech  
DGB-Haus Lübeck

### 9.8. - 12.8.2012 14 Uhr Husum

Protestcamp „Militarismus-  
jetzt.stoppen“  
Fliegerhorstkaserne Husum

### Interkulturelles Friedensfest Elmshorn,

Alter Markt / Nicolaikirche  
11 – 22 Uhr  
Info-Stand der VVN-BdA

### 20.10. (Uhrzeit erfragen) Neumünster

DGB-Haus Carlstraße  
„30 Jahre ZAA (Zusammenarbeits-  
ausschuss der Friedensbewegung S.-  
H.) – In Memoria Nadja Kleinholz“



### VVN-BdA S.-H. trauert um Erna Umland

Im Alter von 91 Jahren ist in Brunsbüttel unsere Kameradin Erna Umland gestorben. Sie war die Tochter des legendären Widerstandskämpfers Peter Umland, der in Dithmarschen zum Symbol der antifaschistischen Bewegung wurde. Erna unterstützte ihren Vater schon als junges Mädchen in seiner politischen Arbeit und gehörte nach der Befreiung vom Faschismus zu den Gründungsmitgliedern der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Bis zu ihrem Tode war sie vor allem für junge Menschen eine gefragte Zeitzeugin, berichtete vom Leben der Familie eines KZ-Häftlings, klärte auf, warnte und agitierte gegen alte und neue Nazis. Obwohl in den letzten Jahren an den Rollstuhl gefesselt, unterstützte sie stets auch die Initiative „Blumen für Gudendorf“, um das Gedenken an die sowjetischen Kriegsgefangenen wach zu halten, die in Gudendorf und in der Region zu Tode kamen und größtenteils unbekannt in Massengräbern begraben wurden.

### Kontakt:

- ▼ Schleswig-Holstein: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel, [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
- ▼ Norderstedt: Karin Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [Nieswandt-Karin@t/online.de]
- ▼ Kreis Pinneberg: Dr. Jürgen Brügge-  
mann, Kaltenweide 77, 25335 Elmshorn [juergen-christine@bruegge48.de]
- ▼ Wedel: Marlen Goischke, Trischenstr. 5d, 22880 Wedel, m.goischke@web.de
- ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- ▼ Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Gasstr. 12, 24340 Eckernförde, [vvn-bda-sh@t-online.de]
- ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- ▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckerweg 4, 25719 Barlt
- ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Stormstr. 13, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]
- ▼ Ost-Holstein, Volker Rätzke: [vr.vvnbdah@email.de]  
*www.schleswig-holstein.vvn-bda.de*  
*Neofakommission Küste:*  
*www.kueste.vvn-bda.de*

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke; Satz und Druck:  
Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und  
Nachrichtenverbreitung mbH in Köln, Venloer  
Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221-21 16 58,  
gnn-koeln@netcologne.de

**Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.**

- Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Name: .....
- Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von ..... Euro\*.
- Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
- Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.
- Adresse: .....



Bitte einsenden an:

### VVN-Bund der Antifaschisten e.V. – LV Schleswig-Holstein

Lindenstr. 9, 24118 Kiel, Tel.: H. Büchsel, 04351-666 08 05, Fax: M. Wilke, 04103-180 200,  
E-Mail: vvn-bda-sh@t-online.de

\* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., VR Bank Flensburg-Schleswig e.G.  
BLZ 216 617 19, KNR 4 332 970